

Zeittafel 1933 - 1950

- 30.06.1930 in Fürth leben 2335 Juden bis Anfang 1938 waren 900 ausgewandert, bis 1941 1400. (*Mümmeler, Manfred, Fürth 1933-1945 S.156*).
- 15.07.1931 Verordnung über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln: Dabei wurde der Devisenverkehr ausschließlich durch die Reichsbank beschränkt, der Handel nur zu amtlichen Kursen erlaubt und Devisentermingeschäfte verboten. (*Friedenberger „Fiskalische Ausplünderung“ Berlin 2008 Seite 129 ff.*).
- 18.07.1931 Kapitalfluchtverordnung führt die Anbieterspflicht an die Reichsbank für ins Ausland abgewanderte Fremdwährungen ein. (*Friedenberger S. 129 ff.*).
- 01.08.1931 Devisenverordnung, mit der alle währungspolitisch bedeutsamen Vorgänge genehmigungspflichtig werden. Das Reichsfinanzministerium hat die Fachaufsicht der bei den Landesfinanzämtern eingerichteten Devisenstellen. Ende 1933 werden die Barzuteilungen in der Regel für Auswanderer auf 10000 RM begrenzt. (*Friedenberger, S. 129 ff. „VO des Reichspräsidenten zur Devisenbewirtschaftung vom 1.08.1931 Reichsgesetzblatt (RGBl) I 1931*).
- 01.01.1933 in Fürth leben 1990 Juden, 7 Synagogen, 1 Krankenhaus, 1 Altersheim, 1 Realschule. (*Mümmeler S.137*).
- 30.01.1933 Hitler wird von Reichspräsident Hindenburg zu Reichskanzler ernannt.
- 04.02.1933 60 – 70 SA Leute überfallen das Versammlungslokal der KPD in der Bergstrasse. Dabei werden 8 Personen verletzt. (*NBZ 4.02. und 6.02.1933*)
- 16.02.1933 NSDAP organisiert Streikbrecher gegen die streikenden Holzarbeiter
- 27.02.1933 Reichstagsbrand**
- 28.02.1933 Verordnung des Reichspräsidenten Hindenburg „Zum Schutze von Volk und Staat“. Mit ihr werden nach dem Reichstagsbrand alle Grundrechte außer Kraft gesetzt. Sie bildete die Grundlage für die Verfolgung der Arbeiterparteien, vor allem der KPD. (*RGBl I S.83, Walk, "Das Sonderrecht für Juden im NS-Staat" S.3 ff.*)
- 28.02.1933 Fränkische Tagespost vom 29.02. bis 2.03. verboten
- 02.03.1933 drei Kommunisten werden beim Plakate ankleben verhaftet und einer wegen unerlaubten Waffenbesitzes (er trug ein Spachtelmesser bei sich) zu 3 Monaten Haft verurteilt. Zwei weitere werden zu 5 Tagen Haft verurteilt (Amtsgericht Fürth)
- 03.03.1933 Polizeiaktion gegen das Fürther KPD Büro in der Königstr. 26. Die Räume werden durchsucht Schreibmaschinen und Schriften beschlagnahmt. Das Büro geschlossen.
- 04.03.1933 Eine Versammlung der KPD im Geismannsaal verboten KPD Abgeordnete Hermann Remmele sollte dort sprechen
- 05.03.1933 Bei den Wahlen erhält die KPD in Fürth 5003 Stimmen
- 09.03.1933 General von Epp wird von der Reichsregierung zum Staatskommissar für Bayern ernannt. Der Münchner NSDAP Gauleiter wird Innenminister. Heinrich Himmler Chef der Bayerischen Polizei.
- 10.03.1933 Das Gewerkschaftshaus in der Hirschenstr. 24 wird von der SA besetzt. Weiter heißt es in der Rieß Chronik: „Den ganzen Tag über wurden von bewaffneten aktiven Nationalsozialisten Verhaftungen von Kommunisten vorgenommen. Auch der Führer des „Reichsbanners“ Teichmann wurde in Schutzhaft genommen.“
Rudolf Benario, Ernst Goldmann, 20 weitere Kommunisten unter ihnen der KPD

- Stadtrat Blöth werden verhaftet. Sie sind die ersten Fürther, die von den Nazis in Dachau umgebracht werden. (*Mümmeler S.137*).
- 11.03.1933 *Fränkischer Tag (FT)*: Reichsbanner wird in Bayern verboten. Haussuchungen beim Reichsbanner, der Eisernen Front und der sozialistischen Arbeiterjugend
- 13.03.1933 *FT*: Der Geschäftsführer des „Eigenen Heims“, Köpplinger, der Stadtrat Sperber (SPD) und der Wohlfahrtsbeamte Chr. Helmschmidt, der Obsthändler Josef Meixner, der Kaufmann J.Rawicz und andere werden in Schutzhaft genommen. Dazu Chronik Rieß: „*Bis jetzt wurden 110 Personen in Schutzhaft genommen.*“
- 15.03.1933 Die Fürther Pulverfabrik (Dynamit) wird von Polizei und SA besetzt. Angeblich um den geordneten Betrieb aufrecht zu erhalten
- 16.03.1933 NSDAP fordert den Rücktritt von Bürgermeister Wild. Unter der Führung von Dr. Streck zieht der Pöbel vor die Privatwohnung Wilds und will sie stürmen.
- 16.03.1933 NSDAP Fraktionsvorsitzender Jakob wird aufgrund der Ermächtigung des Staatskommissars für das Staatsministeriums des Inneren mit der Wahrnehmung der Geschäfte des I. Bürgermeisters beauftragt. Er erklärt in einem Rundschreiben an die Beschäftigten u. a. „*Wer glaubt, sich der nationalen Entwicklung der Stadt entgegenstemmen zu können, wird sofort beseitigt werden...*“
- 17.03.1933 Bürgermeister Wild (SPD) tritt zurück. Jakob wird Bürgermeister, das SPD Jugendheim in der Friedrich Ebert Str. wird besetzt und nach Stadtrat Eberhard gefahndet. In den Schrebergärten der Südstadt wird mit einer Razzia nach kommunistischen Flugblättern gesucht
- 18.03.1933 Rechtsrat Bornkessel wird beurlaubt. Als einziger entlassener SPD-Beamter in Bayern bekommt er seine Bezüge weiter.
- 21.03.1933 Dr. Frank in Schutzhaft genommen. Prof. Dr. Weigelt wird Krankenhausdirektor
- 21.03.1933 Sanitätsrat Dr. Frank wird abgesetzt und für 1 Tag in "Schutzhaft" genommen. Auch Oberarzt Dr. Sponheimer, eine Kinderärztin und eine Säuglingsschwester werden „beurlaubt“. (*FA*).
- 22.03.1933 SPD Stadtrat Eberhard wird in Schutzhaft genommen. Dr. Frank wird wieder entlassen.
- 22.03.1933 Das erste Konzentrationslager Dachau wird errichtet, Der Rechtsanwalt Dr. Stefan Behr und der Arzt D. Joseph Oppenheimer werden in Schutzhaft genommen, weil sie angeblich von „kommunistischer Seite bedroht“ werden. Anschlag auf die Wäschefabrik Erlenbach Schwabacher Str. 9. (*FA*).
- 23.03.1933 Über der Fürther Sprengstofffabrik wird die Schwarz Weiss Rote Fahne durch Stahlhelm und SA gehisst. „*Damit wurde auch diesem bisher unter marxistischer Herrschaft stehende Betriebe der Stempel der neuen Zeit aufgedrückt*“
- 24.03.1933 In der Fürther Sprengstofffabrik werden 11 Kommunisten an ihrer Arbeitsstätte verhaftet. Kunigunde Hausladen wird verhaftet.
- 24.03.1933 Dr. Frank ist „auf eigenes Ersuchen“ beurlaubt. Der Oberarzt Dr. Sponheimer (Chirurgie) hat seine Stelle im Krankenhaus gekündigt
- 24.03.1933 Dr. Streck wird zum Vorsitzenden des "Ärztlichen Bezirksvereins Fürth und des kassenärztlichen Vereins bestellt. Dr. Frank wird „auf eigenen Wunsch“ bis auf Weiteres beurlaubt. (*Mümmeler S.137, FA vom 30.03.33*).
- 25.03.1933 Die Filialen der Josef Pachmayr GmbH werden geschlossen, weil sie angeblich schlechtes Fleisch verkauft haben. Meldungstext: „*Im Laufe des gestrigen*

Nachmittags wurde von zahlreichen Leuten Klage geführt, dass das von ihnen bei der Firma Josef Pachmayr GmbH gekaufte Fleisch minderwertig sei und nicht der Qualität entspreche, die es eigentlich haben müsse. Es sammelten sich vor den verschiedenen Filialen der Firma, an der bekanntlich die Konservenfabrik Bauernfreund in Fürth maßgebend beteiligt ist, größere Menschenmassen an, so dass sich schließlich die Sektionsleiter der SA veranlasst sahen, die Filialen zu besetzen, um Ausschreitungen zu verhindern. Zugleich wurde die Polizeidirektion verständigt, die die Schließung der Filialen veranlasste. Ob die Läden am Montag wieder eröffnet werden steht noch nicht fest, es erscheint vorerst aber noch unwahrscheinlich.“

- 25.03.1933 In den Bezirksämtern werden im Auftrag der Bayerischen Regierung Sonderkommissare der SA eingesetzt
- 26.03.1933 Presseerklärung des 1. Bürgermeisters Jakob: *„Es liegt ein Schreiben des berufsmäßigen Stadtrats Rechtsrat Dr. Bornkessel vor, worin er seinen am 23. März erfolgten Austritt aus der SPD erklärt und sich zur Mitarbeit im Sinne des nationalen Aufbaus zur Verfügung stellt... Desgleichen machte der berufsmäßige Stadtrat Burghart in einem Briefe vom Samstag, den 18. März, Mitteilung, dass er mit diesem Tage aus der sozialdemokratischen Partei ausgetreten sei und sich zur unbedingten loyalen Mitarbeit im Dienste des neuen Aufbaus bekennen wolle mit der Versicherung sich jeder parteipolitischen Tätigkeit zu enthalten ... Die ehrenamtlichen Stadträte Dornberger (SPD) und Seeger (SPD) haben ihren Rücktritt erklärt. Stadtrat Seeger hat zugleich seinen Austritt aus der SPD zu Kenntnis gegeben...“*
- 26.03.1933 Die Studienrätin Baßfreund (Mädchenlyzeum, Handelsschule) wurde auf „persönlichen Wunsch“ beurlaubt.
- 28.03.1933 *„Die größte Razzia seit Menschengedenken in Fürth“* Dabei werden zusammen mit der SA und SS 60 Kommunisten verhaftet. Der Anlass war ein angeblich geplantes Sprengstoffattentat auf das Fürther Gaswerk. *„Die verhafteten Kommunisten wurden nach ihrer Vernehmung in ein Konzentrationslager gebracht.“* FA vom 28.03. und 1.04.33.
- 28.03.1933 Streck verfügt die Amtsenthebung aller jüdischen Ärzte.
- 31.03.1933 In Bayern werden jüdische Richter und Staatsanwälte beurlaubt. Notare bekommen Berufsverbot. Jüdische Schulärzte werden entlassen. Boykottkundgebung auf dem „Dreikönigsplatz“ unter der Beteiligung tausender Fürther Bürger, (Walk.S.7/8 Mümmler S.143).
- 30.03.1933 Boykottaufruf gegen jüdische Geschäfte. FA vom 30.03.33.
- 01.04.1933 Die zu boykottierenden Geschäfte, Arztpraxen und Anwaltskanzleien in Fürth werden veröffentlicht vor den Geschäften werden SA -Leute postiert. (Mümmler S.143).
- 03.04.1933 Fürther Innungen stellen sich hinter den Boykottaufruf des Kampfbundes für den gewerblichen Mittelstand (Mümmler S.143).
- 05.04.1933 Bankier Mailänder tritt vom Vorsitz der Zirndorfer Brauerei zurück. Der Geschäftsführer des Kanal- und Schiffsvereins Erlenbach und die Bürokräft Björn de Caro werden entlassen. (FA).
- 07.04.1933 Gesetz „über die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“. Damit werden kommunistische und jüdische Beschäftigte des öffentlichen Dienstes entlassen Mit der Entlassung können auch von ihnen genutzte Mieträume gekündigt werden. In

- Bayern werden jüdische Medizinstudenten nicht mehr zugelassen. (*RGBl I S.182-188, Walk, S.12 ff.*).
- 10.04.1933 Der TV 1860 nimmt einstimmig den Arierparagraphen in die Satzung auf und fordert die jüdischen Mitglieder zum Austritt auf. (*FA*).
- 11.04.1933 Notiz Chronik Rieß: „*die in Haft genommen Kommunisten sind gestern in ein Konzentrationslager nach Dachau gebracht worden*“.
- 12.04.1933 Rudolf Benario, Ernst Goldmann werden in Dachau ermordet (Quellen s, Dokumentation über Benario und Goldmann).
- 14.04.1933 “Nichtarier” werden nicht mehr als Rechtsanwälte zugelassen.
- 20.04.1933 Der KPD Stadtrat Anton Hausladen in Nürnberg verhaftet.
- 22.04.1933 Verordnung über den Ausschluss jüdischer Ärzte aus der kassenärztlichen Vereinigung. In Fürth: Dr. A. Breslau, Dora Heilbronn, B. Heilbronn, A. Hollerbusch, JoS.Oppenheimer. Jüdische Apotheker werden aus dem Deutschen Apotheker Verein ausgeschlossen. (*RGBl I S.222f, Walk S.17*).
- 25.04.1933 jüdische Sportler und Turner werden aus den deutschen Vereinen ausgeschlossen. Die Zahl jüdischer Studenten an den Universitäten wird beschränkt. (*Walk S.18*).
- 27.04.1933 Der nationalsozialistische Deutsche Ärztebund fordert die „völlige Entfernung aller Juden aus den akademischen freien Berufen. (*FA*).
- 01.05.1933 Einführung des Schächtverbots.
- 03.05.1933 Razzia in Fürth gegen Kommunisten. Es werden 25 Personen festgenommen. (*FA*).
- 05.05.1933 39 Rechtsanwälte in Nürnberg und Fürth verlieren ihre Zulassung am Gericht. Darunter Dr. Herzstein, Dr. Prager, Dr. Behr und Dr. Baburger aus Fürth. (*Rieß Chronik 1933, FA*).
- 10.05.1933 Bücherverbrennungen an allen deutschen Universitäten.
- 23.05.1933 In Fürth werden zwei Juden erschossen, weil sie sich durch Flucht ihrer Verhaftung entziehen wollten. (*Ophir/ Wiesemann*).
- 26.05.1933 Gesetz über die Enteignung kommunistischen Vermögens (*Wolfgang Dreßen "Betrifft Aktion 3- Deutsche verwerten ihre jüdischen Nachbarn Berlin 1998 S.20*).
- 27.05.1933 Das Sondergericht beim Oberlandesgericht verurteilt die Fürther Leo Königshofer, Benno Steinwell und Julius Rossener zu Haftstrafen zwischen 5 Monaten und 1 Jahr wegen der Verbreitung von „Gräuelnachrichten“. (*FA*).
- 02.06.1933 jüdische Zahnärzte und -techniker dürfen nicht mehr von den Krankenkassen in Anspruch genommen werden. (*RGBl I S.350f*).
- 07.06.1933 Die Polizei verhaftet den Viehhändler Hermann Dingfelder mit dem Vorwurf, er habe Bauern betrogen.
- 12.06.1933 Gesetz gegen den Verrat der deutschen Volkswirtschaft. Vermögen und Devisen über 200 RM, die sich am 1.06.1933 im Ausland befanden sind unter der Androhung von Gefängnis oder Zuchthausstrafe anzumelden. (*RGBl I. S.360-363 Walk S.29*).
- 22.06.1933 100 Angestellte der jüdischen Firmen Konstamm & Co, L. Bierer und Eisenmann & Co versammeln sich zu einer NSAP Kundgebung in der Gaststätte Mörsberger. (*FA*).
- 29.06.1933 Der Fürther Kaufmann Gustav Kronheimer wird wegen „Devisenschmuggels“ verhaftet. (*FA*).

- 14.07.1933 Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögen. (*RGBl. 1 S.480; Walk S.36, Dreßben S.20ff., Walk: S.38, RGBl. 1 S.479f.*).
- 14.07.1933 Gesetz über den Widerruf der Einbürgerung und der Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit. Einbürgerungen zwischen dem 9.11.1918 und dem 30.01.1933 können widerrufen werden. Deutschen im Ausland kann die Staatsbürgerschaft aberkannt werden, ihr Vermögen beschlagnahmt werden, wenn eine „Schädigung deutscher Belange im Ausland“ vermutet wurde.
In der Folge dieses Gesetzes werden in Deutschland über 2000 Dokortitel von politischen Emigranten und Juden aberkannt, allein von der Universität Erlangen 150. Im Kern zielte das auf die Ächtung der politischen Emigration aus Deutschland und die Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz der Emigranten.
- 19.07.1933 Durchsuchung der Geschäftsstellen aller jüdischen Vereine und Organisationen in Bayern. (*Walk S.39*).
- 26.07.1933 jüdische Auswanderung ist ausdrücklich erwünscht. (*RMF S.1915 A- 215 III; Walk S.42*).
- 09.08.1933 Juden wird der Zutritt zu den städtischen Bädern verboten. (*FA*).
- 10.08.1933 Mitteilungspflicht über die Veräußerung jüdischer Grundstücke in Bayern. (*Walk.S.41*).
- 25.08.1933 In Fürth werden Plakate für die Kennzeichnung „deutscher Geschäfte“ ausgegeben. (*FA*).
- 06.09.1933 Die AOK beschließt keine Patienten mehr in das jüdische Krankenhaus einzuweisen. (*Grete Ballin, „Geschichte der Juden in Fürth“, 1943*).
- 01.10.1933 jüdische Händler dürfen sich nicht mehr an der Fürther Kirchweih beteiligen. (Anordnung des Fürther Stadtrates).
- 06.10.1933 Jüdische Schumacher werden aus der Innung ausgeschlossen. (*FA*).
- 16.10.1933 Die Handarbeitslehrerin Betty Bock, der Lehrer Louis Kissinger, Dr. Jakob Frank, die Studienrätin Hermine Baßfreund werden in den Ruhestand versetzt. In der Stadtverwaltung: Wilhelm Tannhauser, Ober Ing. Adolf Jordan, Johann Seeger, Christoph Helmschmid, Rudolf Fischer und Ernst Schneider entlassen. (*FA*).
- 13.12.1933 Das Vermögen von A. Bauernfreund (Süddeutsche Lebensmittelwerke) wird eingezogen. (Grundlage Gesetz über die Einziehung staatsfeindlichen Vermögens vom 19.09.1933).
- 21.12.1933 Das Geschäft Zedermann ist in arische Hände (Feh und Händler) übergegangen. (*FA*).
- 28.12.1933 Die Gesamtzahl jüdischer Schüler an höheren Schulen wird im gesamten Reich auf 15000 begrenzt und auf die einzelnen Länder aufgeschlüsselt. (*Walk S.65 Nr. 315*).
- 28.02.1934 In der Reichswehr werden jüdische Soldaten von Dienst ausgeschlossen. (*Walk S.72 Nr. 350*).
- 05.03.1934 Juden dürfen nicht mehr als Schauspieler auftreten. (*Walk S.73 Nr. 353*).
- 07.03.1934 Jüdische Geschäfte dürfen keine Bedarfsdeckungsgutscheine bei Eheschließungen mehr einlösen. (*Walk S.73 Nr. 354*).
- 16.03.1934 In Bayern wird die Zahl „nichtarischer“ Schüler auf 1,5 % an einer Schule begrenzt (*Walk S.74 Nr. 358*).
- 17.05.1934 Jüdische und mit Juden verheiratete Ärzte erhalten keine Kassenzulassung mehr (*Walk S.80 Nr. 391 RGBl. 1 S.399-409*).

- 18.05.1934 Die Freigrenze für die Reichsfluchtsteuer wird von 200 000 RM auf 50 000 RM herabgesetzt. (*Walk S.81 Nr. 392 RGBl. I S.392*).
- 23.06.1934 Bei Auswanderung wird die Zuteilung ausländischer Währung von 10 000 auf 2000 RM gesenkt. (*Walk S.84 Nr. 409, RstBl. S.783f*).
- 02.08.1934 In Bayern wird verboten, auf Viehmärkten jiddisch oder hebräisch zu sprechen. (*Walk S.88 Nr. 431*).
- 01.10.1934 wird die Zuteilung von ausländischen Währungen vollkommen eingestellt Ab da konnten nur noch 10 RM in ausländischer Währung mitgenommen werden. Davon waren auch Wertpapiere, Edelmetalle und Schmuck erfasst. (*Friedenberger S.129 ff.*).
- 16.10.1934 mit dem Steueranpassungsgesetz wird eine umfangreiche Steuerreform verabschiedet: §1 AbS.1 StAnPg „Die Steuergesetze sind nach nationalsozialistischer Weltanschauung auszulegen“. (Zitat nach *Friedenberger S.157 ff.*).
- 20.12.1934 Rechtsanwälte denen die Zulassung entzogen worden ist, dürfen die Berufsbezeichnung „Rechtsanwalt“ nicht mehr führen. (*Walk S.100 Nr. 491 RGBl. I S.1258*).
- 01.01.1935 Einführung der DEGO Abgabe: Durch den Verkauf der Guthaben der Sperrkonten konnten Auswanderer einen kleinen Teil ihres Vermögens ins Ausland mit nehmen. Für den Umtausch verlangt die Deago ein horrendes Disagio: Die Höhe der Abgabe (bezogen auf die ins Ausland zu transferierenden Werte) stieg im Laufe der Jahre und betrug: Januar 1934: 20%, August 1934: 65% Oktober 1936: 81%, Juni 1938: 90%, September 1939: 96%. (*Friedenberger S. 129 ff.*).
- 12.01.1935 Juden wird die Veranstaltung von Theateraufführungen verboten. (*Walk S.102 Nr. 501*).
- 13.03.1935 Die Schulen werden verpflichtet eine Statistik über die Rassenzugehörigkeit anzufertigen. (*Walk S.108 Nr. 531*).
- 31.03.1935 Jüdische Musiker bekommen keine Arbeitserlaubnis mehr Schriftstellern wird jede literarische Tätigkeit untersagt. (*Walk S.110 Nr. 542, 543*).
- 24.04.1935 Juden werden nicht mehr zu Wohlfahrtschulen und sozialpädagogischen Seminaren zu gelassen. Zeitungsverleger müssen ihre Arische Abstammung bis zum Jahr 1800 nachweisen. (*Walk S.113 Nr. 558 und Nr. 559*).
- 28.06.1935 In das Strafgesetzbuch werden Straftaten aufgenommen, die „nach dem gesunden Volksempfinden Bestrafung verdienen“. (*Walk S.119 Nr.592 RGBl. I S.839*).
- 26.07.1935 In Franken wird Juden der Zutritt zu Jugendherbergen verboten. (*Walk S.123 Nr. 611*).
- 17.08.1935 Die Gestapo beginnt mit der Anlage einer „Judenkartei“ für das deutsche Reich. (*Walk S.124 Nr. 620*).
- 11.09.1935 Öffentliche Sparkassen dürfen Einlagen von Juden annehmen, sie aber nicht mehr von sich aus zurück zahlen. (*Walk S.127 Nr. 635*).
- 15.09.1935 Reichsbürgergesetz und das Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre, die sogenannten Nürnberger Rassengesetze, werden verabschiedet. (*Walk S.127 Nr. 636 u. 637 RGBl. I S.1146*).
- 18.09.1935 Personen die in Fälle von „Rassenschande“ verwickelt sind werden in Schutzhaft genommen. (*Walk S.131 Nr. 2*).

- 26.09.1935 Kinderbeihilfen für kinderreiche Familien werden für Juden im Sinn des Reichsbürgergesetzes gestrichen. (*Walk S.132 Nr. 11*).
- 30.09.1935 Alle jüdischen Richter und Staatsanwälte die Juden im Sinn des Reichsbürgergesetzes sind werden sofort beurlaubt. (*Walk S.133 Nr. 15*).
- 17.10.1935 Jüdische Kinobesitzer verlieren ihre Konzession und müssen ihre Kinos bis zum 10.12.35 an „Arier“ verkaufen. (*Walk S.136 Nr.31*).
- 24.10.1935 Die Namen jüdischer Gefallener des 1. Weltkrieges dürfen nicht mehr auf neuen Kriegerdenkmälern genannt werden. (*Walk S.137 Nr.34*).
- 04.11.1935 Für jüdische Schulen dürfen keine neuen Lehrer mehr ernannt werden. (*Walk S.139 Nr. 40*).
- 14.11.1935 1. VO zum Reichsbürgergesetz. Juden sind keine Reichsbürger, haben kein Wahlrecht und dürfen nicht Beamte sein oder ein öffentliches Amt bekleiden. (*RGBl. I S1333 f., Walk S.139 Nr. 46*).
- 07.12.1935 Bei Mitteilungen über Straftaten von Juden an die Presse muss die Rassenzugehörigkeit hervorgehoben werden. (*Walk S.143 Nr. 66*).
- 20.12.1935 Es wird eine reichsweite Statistik für „jüdische Verbrechen“ angelegt. (*Walk S.147 Nr. 83*).
- 31.12.1935 720 Handelsfirmen und Geschäfte befinden sich in Jüdischen Besitz, das entspricht 50 Prozent des Großhandels, 24 Prozent der Industrie und 15 Prozent des Einzelhandels. (*Mümmeler S.137, Endreß Rudolf: "Die Juden in Fürth" in Fürther Heimatblätter 1981 Jg. 31 S.73*).
- 07.04.1936 RFH (Reichsfinanzgerichtshof) Urteil zur Auslegung des § 1 StAnPG: „... eine Förderung der Allgemeinheit kann ...nur angenommen werden, wenn eine Tätigkeit dem gemeinen Besten auf materiellem, geistigen und sittlichem Gebiet nützt. Unter dem gemeinen Besten ist aber im Sinn des nationalsozialistischen Gedankengutes das Wohl der deutschen Volksgemeinschaft zu verstehen. Die Förderung der höheren Schulbildung von jüdischen, also fremdrassigen Staatsangehörigen...dient jedoch nicht dem Wohl der deutschen Volksgemeinschaft...“ (Zitat nach Friedenberger S.180 RFH Urteil vom 7.04.1936).
- 01.08.1936 Gründung des Devisenfindungsamtes unter der Leitung Heydrichs, dass eine verschärfte Überwachung des Reiseverkehrs der Juden vorschlägt und Zollbeamte und Mitreisende aufgefordert werden, verdächtige Personen zu melden. (*Friedenberger S.146*).
- 01.01.1937 § 37a des Devisengesetzes: Die Devisenstellen werden befugt, beim Verdacht einer Vermögensverschiebung Sicherungsanordnungen d. h. Kontensperrung, Verfügungsbeschränkungen zu erlassen. Mit ihm ist die sofortige Sicherungsanordnung über das Vermögen der Juden, die die Auswanderung beabsichtigen, möglich“. (*Friedenberger S. 129 ff., Füllberg-Stollberg, Claus S.34*).
- 15.04.1937 Juden werden zur Promotion nicht mehr zugelassen.
- 17.12.1937 Weihnachtsboykott: In Franken ruft Streicher zum Boykott jüdischer Geschäfte in Franken auf. Anlass sind Boykottaufrufe für deutsche Waren in Rumänien und den USA. (Aufruf in *Nordbayerische Zeitung 17.12.1937*)
- 01.02.1938 Streichung der Kinderermäßigung für jüdische Kinder: Eine jüdische Familie mit zwei Kindern und einem Einkommen von 12000 RM pro Jahr musste jetzt statt 1210 RM 1600 RM Einkommenssteuer bezahlen. Eine Steigerung von 32,2 %. (*Friedenberger S.157 ff.*).

- 06.02.1938 Juden werden alle Einkommensteuervergünstigungen entzogen. (*RGBl. I/1938 S.121*)).
- 06.02.1938 Durchführungsverordnung zum § 33 EStG wird festgelegt, dass die Steuerermäßigung nicht anerkannt werden, wenn diese Belastungen durch die Versorgung und Pflege jüdischer Angehöriger entstehen. (*Friedenberger S.157 ff.*).
- 05.03.1938 Erhebung einer Auswanderabgabe von 20% der Reichsfluchtsteuer. Sie wird von allen Auswanderern erhoben, deren Vermögen 1000 RM übersteigt. („*Jüdisches Nachrichtenblatt*“ vom 5.03.1938).
- 21.03.1938 Vom Oberlandesgericht in München werden 17 Fürther wegen der Vorbereitung zum Hochverrat zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt.
- 28.03.1938 Den Jüdischen Gemeinden wird der öffentliche rechtliche Status und die damit verbundene Steuervergünstigung entzogen. (Gesetz über die Rechtsverhältnisse der jüdischen Kulturvereinigungen *RGBl. I 1938 S.338*).
- 09.04.1938 Alle Aufgaben der Devisenbewirtschaftung werden direkt vom RWM Abteilung V wahrgenommen. (*Friedenberger S. 129 ff.*).
- 26.04.1938 Juden müssen bis Ende Juli ihr Vermögen deklarieren, wenn der Wert 5.000 RM übersteigt. (Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden“ vom 26. April 1938 (*RGBl I 1938 S.414*)).
- 13.05.1938 Runderlass des Reichswirtschaftsministeriums (RWM) über die Mitnahme von Umzugsgut. Im Mai 1938 wird angeordnet, dass das Umzugsgut rechtzeitig vor der Verpackung, die im Beisein von Zollbeamten stattfinden soll, der Devisenstelle zu melden ist. Wert und Anschaffungszeitpunkt der Gegenstände sind in einem Verzeichnis anzugeben. Für Gegenstände, die nach Jahresbeginn 1933 erworben worden waren (sogenannter „Neubesitz“), wurde eine Degeo-Abgabe in Höhe des Anschaffungswertes festgesetzt, in Einzelfällen ging die Gebühr auch weit darüber hinaus. Neuerworbene und zum Wiederverkauf geeignete Gegenstände wie Fotoapparate oder Musikinstrumente werden selbst mit Degeo-Abgabe nur dann freigegeben, wenn „der Auswanderer diese Sachen zur persönlichen Ausübung seines Berufes [...] und zur Begründung einer bescheidenen Existenz im Ausland unbedingt benötigte“ Gegenstände aus Edelmetallen, Schmuck und Edelsteine durfte überhaupt nicht mitgenommen werden. Ausnahme waren Trauringe, Armbanduhren und 1 Besteck pro Person, die den Wert von 100 RM nicht überstiegen. (*Friedenberger S. 129 ff, RdErl. des RWM vom 17.04.1939*).
- 06.06.1938 Das bayerische Staatsministerium der Innern fordert die Stadtverwaltungen auf, alle „Querulanten“ zu erfassen und der Gestapo zu melden. Am 2.08.1938 werden von der Stadtverwaltung 3 Personen gemeldet und alle Dienststellen aufgefordert Listen zu erstellen. Am 10.08. meldet das Jugendamt 2 Frauen, deren Kindern in Heimen sind. Am 19.08. meldet die Gesundheitspolizei 4 ganz offensichtlich psychisch kranke Männer. Das Gewerbeamt meldet 1 Mann, das städtische Jugendamt 2 Frauen („geistig minderwertig“) und 1 Mann. Am 31.08.1938 sendet die Stadt eine Liste mit 16 Personen an die Regierung von Mittelfranken. Am 20. Juni 1940 wird Georg Schneider, der 1930 aus den USA wegen seiner geistigen Behinderung ausgewiesen wurde, nachgemeldet.
- 14.06.1938 Jüdische Gewerbebetriebe müssen angemeldet und gekennzeichnet werden.
- 11.07.1938 Ab 1939 werden Juden generell von den steuerlichen Vergünstigungen bei außerordentlichen Einkommen ausgeschlossen. (*Friedenberger S.157 ff.*).
- 23.07.1938 Kennkartenzwang für Juden (*RGBl. I/1938 S.922.*).

- 25.07.1938 Erlöschen der Bestellungen (Approbationen) jüdischer Ärzte (*RGBl. I/1938 S.969*).
- 25.07.1938 Schnellbrief des Reichswirtschaftsministeriums, die ausländischen Wertpapiere der Juden gesondert zu erfassen. Die Besitzer werden angewiesen, diese der Reichsbank zu verkaufen. Der Kaufpreis wurde in Reichsmark ausbezahlt, was einen erheblichen Verlust für Auswanderer bedeutete, da ihnen notwendige Devisen entzogen wurden.
- 27.09.1938 Juden durften nicht mehr als Rechtsanwälte arbeiten. (*RGBl. I/1938 S.1403*).
- 28.10.1938 54 jüdische Polen werden nach abgeschoben. (Memorbuch).
- 09.11.1938 Reichspogromnacht. 132 Männer werden verhaftet, etliche nach Dachau gebracht. 5 Vorsteher der jüdischen Gemeinde werden in ein Notariatsbüro verschleppt. Sie müssen den gesamten Besitz der jüdischen Gemeinde für 100 RM an die Stadt verkaufen. (*Mümmeler S.148 ff.*, Ophir Baruch/ Wiesemann, Falk „Die jüdischen Gemeinden in Bayern 1918-1945, München 1979).
- 12.11.1938 Verordnung über eine Sühneleistung der Juden. Danach müssen die Juden deutscher Staatsangehörigkeit (auch emigrierte) 20 % ihres am 26.04.1938 angemeldeten Vermögens über 5000,- RM an das Finanzamt abführen. (*RGBl. I, S.1638f*).
- 12.11.1938 Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben; durch diese Verordnung wird Juden vom 1.01.1939 an der Betrieb von Handwerks- oder Gewerbebetrieben jeder Art verboten. Unternehmen und Betriebe müssen innerhalb eines Monats verkauft werden. (*RGBl./1938 S.1579 ff.*).
- 19.11.1938 Fürther Einzelhandelsgeschäfte einschließlich Bäckereien bringen an ihren Läden rote Plakate an „Zutritt für Juden verboten“. (*Lotter*).
- 21.11.1938 1. Durchführungsverordnung über die „Sühneleistung der Juden“ Die Abgabe heißt jetzt offiziell „Judenvermögensabgabe“ in vier Raten (15. Dezember 1938, 15. Februar, 15. Mai und 15. August 1939). Die Abgabepflicht wurde jetzt auch Staatenlose ausgedehnt. (*Friedenberger S. 202*).
- 01.12.1938 Die Gestapo erlasst ein Zuzugsverbot für Juden nach Nürnberg und Fürth
- 03.12.1938 2. VO über den Einsatz des jüdischen Vermögens Es kann nach §§ 2 und 6 dieser VO der Verkauf des Vermögens innerhalb eines Monats angeordnet werden. Gegen die Anordnung ist der Widerspruch binnen 2 Wochen beim Reichswirtschaftsministerium möglich. Verstreicht die Frist, werden Treuhänder mit einer Veräußerungsvollmacht eingesetzt. § 8 regelt das Genehmigungsverfahren durch die Stadtverwaltungen. (*Reichsgesetzblatt 1938 S.1709, Dreßben S.28*).
- 12.12.1938 Der Kreis der Behörden die eine Sicherungsanordnung verfügen können wird auf Zollfahndungsstellen und Steuerfahndung ausgeweitet. (*Friedenberger S. 129 ff.*).
- 20.12.1938 Juden können zur Zwangsarbeit verpflichtet werden (*Walk: S.270 Nr.82*).
- 17.08.1938 Juden haben ab 1.01.1939 einen weiteren Vornamen zu führen haben und zwar männliche Personen den Vornamen Israel, weibliche Personen den Vornamen Sara. (*RGBl. I S.1044*).
- 17.01.1939 Erlöschen der Bestellungen der jüdischen Zahnärzte, Tierärzte und Apotheken (*RGBl. I/1939 S.47*).
- 21.02.1939 3. Anordnung Görings zur Verordnung über die Anmeldung jüdischen Vermögens“ (*Walk S.283 Nr. 146 u. 149 RGBl./1939 S.282*).
- 27.02.1939 Nach § 32 EStG werden jüdische Ehen vom Verheirateten tarif ausgeschlossen und generell in die Steuergruppe I (ledige) eingestuft. (*Friedenberger S.157 ff.*).

- 30.04.1939 Juden genießen gegenüber einem nichtjüdischen Vermieter keinen gesetzlichen Mieterschutz, wenn der Vermieter durch eine Bescheinigung der Gemeindebehörde nachweist, dass die anderweitige Unterbringung des Mieters gesichert ist. (*RGBl. 1939 I S.864f*).
- 04.07.1939 Alle jüdischen Organisationen werden zwangsweise in die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland überführt. (10. VO zum Reichsbürgergesetz).
- 31.07.1939 Auflösung des jüdischen Sport- Clubs Fürth sowie des jüdischen Frauenvereins Fürth.
- 17.09.1939 Juden dürfen nur noch von 15:00 bis 17:00 Uhr in ausgewiesenen Geschäften einkaufen.
- 24.09.1939 Fürther Juden müssen ihre Radio- Empfangsgeräte an die Polizei abzuliefern. (*Grete Ballin, „Geschichte der Juden in Fürth“, 1943*).
- 19.10.1939 2. Durchführungsverordnung über die „Sühneleistung der Juden“. Da die 1 Milliarde vermutlich nicht erreicht wird, wird eine 5. Rate zum 15.11.1939 für die Zahlung festgelegt, die Abgabe auf 25% erhöht). (*RGBl.1939/I, S.2059*).
- 22.11.1939 Der NSDAP-Stadtrat Sandreuter meldet der Regierung von Mittelfranken „Erfolge“ bei der Wohnungsräumung: „... *Es wurden durch die Wohnungsfürsorge 202 Wohnungen (der Juden) erfasst und an Wohnungssuchende vergeben...*“ (*StAF 6/1350 Mietverhältnisse mit Juden*)
- 15.01.1940 VO über die Behandlung feindlichen Vermögens, § 10 erfordert die Genehmigung der Verkäufe durch das Finanz- und Justizministerium.
- 12.08.1940 Allen Juden werden die Fernsprechanchlüsse gekündigt und die Teilnahme an Telefonverkehr verboten.
- 24.12.1940 Sozialausgleichsabgabe als Zuschlag zur Einkommenssteuer für Juden Sie beträgt 15 % vom Einkommen. Betroffen sind neben den Zwangsarbeiter vor allen Juden im Rentenalter, die noch über Einkünfte aus Kapital oder Mieten verfügen. (*Zweite Verordnung zur Durchführung der Verordnung über die Erhebung einer Sozialausgleichsabgabe vom 24.12.1940 RGBl. 1940 S.1065*).
- 22.01.1941 Der Fürther Kommunist Johann Frenzel wird von Dachau nach Schloss Hartheim deportiert und dort ermordet. (*Archiv KL Dachau*)
- 01.09.1941 Alle Juden über 6 Jahre müssen den Judenstern tragen und dürfen die Heimatgemeinde nicht mehr verlassen. (*RGBl.1941/I S.547*).
- 12.10.1941 Juden werden zu Zwangsarbeit verpflichtet. In Fürth insgesamt 170 Personen, die Männer im städtischen Tiefbauamt , die Frauen für eine Fürther Spielzeugfabrik in der Blumenstr. (*Mümmeler S.161.*).
- 23.10.1941 Verbot der Auswanderung für Juden. (Erlass Reichsführer SS H. Himmler.).
- 13.11.1941 Juden müssen bis 21.11.1941 folgende Gegenstände anzumelden und abliefern: Schreibmaschinen, Rechenmaschinen, Vervielfältigungsapparate, Fahrräder, Foto-, Film- etc. Apparate und Ferngläser. (*Verfügung des RSHA, in Walk S. 355 Nr. 264*)
- 25.11.1941 11.Verordnung zum Reichsbürgergesetz. Im Ausland lebenden Juden wird die deutsche Staatsbürgerschaft entzogen. Danach wurde das Vermögen der Juden, die sich im Ausland aufhielten enteignet und fiel dem Deutschen Reich.
- 27.11.1941 erste Deportation nach Riga. 94 Personen Die 94 Abwanderer haben zur Finanzierung des Transports bei der Bayerischen Staatsbank Fürth errichtetes Konto

- „W“ insgesamt RM 17.560.- eingezahlt. (*Grete Ballin, „Geschichte der Juden in Fürth“, 1943*).
- 15.01.1942 Alle der Kennzeichnungspflicht unterliegenden Juden haben bis zum 15.01.1942 bei der Verwaltungsstelle Fürth die in ihrem Besitz befindlichen Pelz- und Wollsachen, Skier, Ski- und Bergschuhe abzuliefern. In Fürth:
337 Pelze, 42 Pelzmäntel, 9 Pelzjacken, 32 Pelzmützen, 7 Pelzwesten, 6 Pelzdecken, 4 Männer- Sportpelze, 1 Paar pelzgefütterte Männerstiefel, 6 Paar pelzgefütterte Handschuhe u. Pulswärmer,
379 Felle aller Art, 1047 Wollsachen, 7 Paar Skisachen. (*Grete Ballin, „Geschichte der Juden in Fürth“, 1943, Mümmeler S.219.*)
- 24.03.1942 zweite Deportation Izbica: 237 Personen, darunter 33 Kinder, die 8 Angestellten des Kinderheims Fürth, 10 Angestellte des Israelitischen Krankenhauses in Fürth und 1 Hausmeister der Verwaltungsstelle. Mit 25 Prozent ihres Vermögens müssen sich die Opfer am Transport beteiligen. Auf das Sonderkonto „W“ der bayerischen Staatsbank in Fürth werden 147.606,20 RM eingezahlt. Die Kosten beliefen sich auf 18.835,64 RM. Der Rest wurde der „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“ überwiesen. (*Grete Ballin, „Geschichte der Juden in Fürth“, 1943, Harris, Frank „List of the Jews from Fürth sent to Exterminationcamps, New York 1981, Heinemann, Hugo „Geschichte der Juden in Fürth“ im Jüdischen Museum in Fürth.*)
- 24.04.1942 werden einem Würzburger Abwanderungstransport 4 jüdische Personen aus Fürth angeschlossen (Transport nach Krasniczyn).
- 15.05.1942 Juden wird das Halten von Haustieren verboten.
- 10.06.1942 die jüdische Bevölkerung muss auf Anordnung der Stadt Fürth auf, alle entbehrlichen Spinnstoffe, Wäsche und Kleidungsstücke abliefern. Abgeliefert wurden nach Abschluss der Sammlung von der Verwaltungsstelle an die Geheime Staatspolizei am 18.06.1942: 242 Stück Männer- Oberkleidung, 213 Stück Frauen- Oberkleidung, 1251 Stück alte Spinnstoffwaren (Wäsche, Strümpfe etc.), Stoffreste, Lampenabfälle, Baby- Wäsche u. dgl. In der Sammelstelle wurden ferner zur Weiterleitung an die Geheime Staatspolizei abgegeben:
37 elektrische Bügeleisen, 8 sonstige elektrische. Apparate, 9 Kochplatten, 5 Plattenspieler, 29 Kochtöpfe, 50 Schallplatten, 24 Heizöfen, 21 Schreibmaschinen, 10 Heizsonnen, 5 Vervielfältigungs- Apparate, 17 Staubsauger, 7 Fahrräder, 6 Föhnapparate, 12 Foto- Apparate, 46 Heizkissen, 1 Projektionsapparat, 3 Brotröster, 36 Fern- u. Operngläser, 1 Waschmaschine, 2 Belichtungsmesser (*Grete Ballin, „Geschichte der Juden in Fürth“, 1943*).
- 10.09.1942 Die Bewohner des jüdischen Altenheimes in der Julienstraße werden deportiert. 147 aus Fürth (137 davon älter als 63 Jahre).
- 08.12.1942 Der Fürther Kommunist Christian Hofmann wird in Dachau ermordet.
- 31.03.1943 in Fürth leben 87 oder 88 Juden.
- 18.06.1943 Deportationen nach Theresienstadt und Auschwitz. 43 Personen davon 23 Auswärtige.
- 01.07.1943 13. Verordnung zum Reichsbürgergesetz. Das Vermögen von Juden verfällt nach ihrem Tod automatisch dem Deutschen Reich. (Eine Ergänzung aufgrund der vielen Selbstmorde vor der Deportation. Dann konnte die Vermögen nicht nach der 11. VO RGB enteignet werden).
- 17.01.1944 Deportationen nach Theresienstadt. (4 Personen).

- 18.04.1945 **Fürth wird den amerikanischen Truppen übergeben. Die Stadt ist glimpflich davon gekommen, lediglich 6 % der Gebäude wurden zerstört. Doch die Bilanz der Nazi Herrschaft und die ihrer Helfer aus allen Bevölkerungsgruppen ist erschreckend:**
1.068 Fürther jüdischer Herkunft wurden nach derzeitigem Wissensstand ermordet. (*Fürther Nachrichten vom 3. Juni 2009*). Allein im Konzentrationslager Dachau wurden in den Jahren 1933 – 1945 246 Fürther inhaftiert. Einige nur einige Wochen. Viele, vor allem Kommunisten, lange Jahre. 16 Fürther überlebten Dachau nicht. (Archiv KI Dachau) Die Zahlen anderer Lager werden noch erforscht. Über 300 Häuser und Grundstücke wurden von den Behörden und ehrenwerten Fürthern ihren jüdischen Besitzern geraubt. Ihr Wert ist nur schwer zu ermitteln. Sie wurden größten Teils unter dem sogenannten Einheitswert verkauft. Die Kaufsumme wurde auf Sperrkonten eingezahlt und so den Eigentümern weggenommen. Bekannt ist bisher der Preis von 146 Grundstücken. Er betrug 6.318.780,66 RM. Nach heutigem Wert rund 30 Mio. Euro. Mindestens 191 Betriebe, Geschäfte oder Kanzleien wurden „arisiert“ also liquidiert und ihr Inventar zu Schleuderpreisen an die Volksgemeinschaft verramscht.
- 08.01.1947 „Nürnberger Nachrichten:“ Oberbürgermeister Bornkessel fordert in einer Rundfunkansprache: mit der Praxis, die alten Beamten und Privatangestellten zu entlassen, Schluss zu machen.
- 12.03.1947 Die Jungdemokraten veranstalten in der Maischule einen Nachmittag mit Kriegsversehrten, „um den Soldaten, die nur ihre Pflicht getan hätten, eine Dankespflicht abzustatten“ Prof. Oestler FDP Vorsitzender
- 07.05.1947 Der CSU Landtagsabgeordneter Wolfgang Prechtel erklärt im Landtag, die Internierungslager der Alliierten für Nazis das gleiche seien wie Hitlers KZs.
- 14.05.1947 Meldung der Spruchkammern: 93,4 % aller Fürther entnazifiziert. In den Fürther Spruchkammern I und II haben 74 844 Betroffene Fragebogen abgegeben. Davon 69 936 erledigt. Und zwar 61 536 Nichtbetroffene 6 285 amnestiert. 2115 seien durch Kammerentscheide erledigt worden. Jetzt stehen noch 4908 Einwohner das sind 6,6 % der Bevölkerung vor einer Entnazifizierung. *„Die große Zahl der überhaupt nicht Betroffenen (durchschnittlich 80 %) und der sehr kleine Prozentsatz der Verurteilten (knapp 3 %, von denen auch wieder der größte Teil Mitläufer sind) beweist, etwas verblüffend, dass der Nationalsozialismus in Fürth eigentlich nur einen sehr, sehr kleinen Kreis und nie die breiten Volksmassen ergriffen hat.“* (Nürnberger Nachrichten)
- 01.10.1950 In Fürth werden anlässlich einer Demonstration an der Fürther Kirchweih 23 Kommunisten verhaftet. Auch der Fotografen der Nürnberger Nachrichten wird festgenommen und sein Film beschlagnahmt. In die junge Bundesrepublik kehrt die Normalität zurück.